

DIE LINKE. Thüringen beteiligt sich an Wahlbeobachtung in der Türkei

Am 24. Juni 2018 werden in der Türkei sowohl die Präsidentschafts- als auch die Parlamentswahlen stattfinden. Angesichts der zunehmenden politischen Instabilität und wirtschaftlicher Probleme entschied sich der amtierende Präsident Erdoğan die Wahlen vorzuziehen.

Die Stimmung in der Türkei ist seit den vergangenen Jahren geprägt von Repression und Angstmacherei. Immer wieder kam es im Zuge des Ausnahmezustandes zu Inhaftierungen von prokurdischen und linken Aktivist_innen und Politiker_innen. Die Repressionswelle im Rahmen des Ausnahmezustandes traf vor allem die Demokratische Partei der Völker (HDP). So tritt die HDP in die Parlamentswahlen mit tausenden inhaftierten kurdischen Bürgermeister_innen, Akademiker_innen, Studierenden und weiterer Aktivist_innen und in die Präsidentschaftswahlen mit einem inhaftierten Präsidentschaftskandidat, Selahattin Demirtaş.

Die Prognosen schätzen die HDP über der 10-Prozent-Klausel. Damit wäre sie wieder fester Bestandteil des Parlaments in Ankara. Bei den Präsidentschaftswahlen ist die HDP mit ihrem Kandidaten Selahattin Demirtaş, sowohl in der ersten Wahlrunde als auch in einer möglichen Stichwahl, die entscheidende Partei. Neben ihr haben sich zwei Wahlbündnisse zusammengefunden. Im ersten Wahlbündnis schlossen sich die Regierungspartei AKP und die ultranationalistische MHP zusammen, während das zweite Wahlbündnis „Koalition des Volkes“ aus der nationalistischen CHP, der neu gegründeten Abspaltung der Ultranationalisten IYI PARTI, der unbedeutenden DP (demokratische Partei) und der religiösen SAADET PARTI besteht. Das erste Wahlbündnis um den Präsidenten Erdogan wird von der HDP abgelehnt, während das zweite Wahlbündnis bis dato keine weitergehende Zusammenarbeit mit der HDP eingeht.

Der Wahlausgang wird aufgrund der hohen Anzahl an kurdischen und türkischen Immigrantinnen in der EU und vor allem aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der EU und Deutschlands mit der Türkei, auch seine Auswirkungen auf die Bundesrepublik haben. In der Bundesrepublik sind 1,4 Mio. Wahlberechtigte zur Wahl aufgerufen.

Der Ausgang der Wahlen wird nicht nur festlegen, wer die Türkei in den nächsten fünf Jahren regiert, sondern kann zu einer nachhaltigen Zerstörung der politischen wie auch wirtschaftlichen Zukunft der Türkei führen.

Um einer möglichen Wahlmanipulation vorzubeugen, die aufgrund von Unregelmäßigkeiten bei vergangenen Abstimmungen möglich scheint, beteiligen sich die Landtagsabgeordnete Kati Engel (MdL) und Landesvorstandsmitglied Arif Rüzgar für DIE LINKE. Thüringen an einer internationalen Wahlbeobachtergruppe, die am 23.06.2018 in die Türkei nach Istanbul reisen wird.